

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus...

Die neuangelegte Kompartiments- oder beim Kaum kostet 4.- M. einschließlich...

Freiheit Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Stellung der U.S.P. zur Regierungsbildung

Das Schreiben der rechtssozialistischen Partei an die Unabhängige Partei mit der Aufforderung zur Beteiligung an der Regierung hat folgenden Wortlaut:

Berlin, den 1. Oktober 1921.

An den Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin.

Werte Genossen!

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer heutigen Sitzung über die zur Verbreiterung der Regierungsbasis gegebenen Anregungen beraten. Die Debatte ergab, daß für die Sozialdemokratische Partei nur eine Umbildung des Kabinetts Wirth in Frage kommt.

Durch Beschluß unserer Fraktion bin ich beauftragt, Sie zu fragen, ob und unter welchen Bedingungen Sie bereit wären, in das Kabinett Wirth einzutreten.

Gleichzeitig ersuchen wir um Stellungnahme zur eventuellen Beteiligung Ihrer Partei an der Regierung in Preußen.

Ihrer baldigen Antwort sehe ich gerne entgegen. Mit Parteigruß für den Vorstand der U.S.P. Hermann Müller.

Auf dieses Schreiben haben Zentralleitung und Reichstagsfraktion folgende Antwort erteilt:

Berlin, 1. Oktober 1921.

An den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin S.M., Lindenstraße 3.

Werte Genossen!

Auf Ihren Brief vom 1. Oktober erwidern wir Ihnen das Folgende: Die U.S.P.D. hat bisher die bei der Annahme des Londoner Ultimatums gebildete Regierung Wirth in der loyalen Erfüllung des Ultimatums und der Führung einer republikanisch-demokratischen Politik unterstützt.

Der immer akuter werdende Kampf gegen die Reaktion und für die wirksame Heranziehung des Besitzes zur Steuerleistung und zur Erfüllung des Ultimatums, ein Kampf, in dem die Massen unserer Partei mit den rechtssozialistischen, kommunistischen, christlichen und Hirsch-Duncker'schen Arbeitern sowie den republikanisch gesinnten Angestellten und Beamten...

schon, christlichen und Hirsch-Duncker'schen Arbeitern sowie den republikanisch gesinnten Angestellten und Beamten Schuler an Schuler stehen, schafft eine Situation, in der es das proletarische Interesse erfordert, die Regierung zu unterstützen, wenn ihre Politik die Bewirklichung der nachstehenden Mindestforderungen zum Ziel hat:

- 1. Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt und Sicherung der auswärtigen Zahlungswirtschaften durch ausreichendes Heranziehen des Besitzes, insbesondere auf dem Wege der Erfassung der Goldwerta. 2. Wirksame Maßnahmen zum Schutz der Republik und zur Bekämpfung der monarchistischen Reaktion, namentlich grundlegende Justizreform durch Übertragung der Rechtsprechung in Strafsachen auf Geschworenengerichte; Wahl der Geschworenen durch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht nach dem Grundsatze der Verhältniswahl; gesetzliche Maßnahmen, die die Entfernung von Beamten, im öffentlichen Dienst Angestellten und Angehörigen der Wehrmacht aus dem Staatsdienst ermöglichen, die monarchistische Auffassungen öffentlich vertreten oder in oder bei Ausübung ihres Amtes befehlen. 3. Fortführung der Sozialpolitik. 4. Sozialisierung des Bergbaues. 5. Eine auswärtige Politik der Verständigung und des Wiederaufbaues, aufrichtiges Streben, die Verpflichtungen des Ultimatums zu erfüllen.

Wenn die U.S.P.D. an uns die Frage stellt, „ob und unter welchen Bedingungen die U.S.P. bereit wäre, in das Kabinett Wirth einzutreten“, so müssen wir vor der Beantwortung dieser Frage unsererseits fragen, ob alle Koalitionsparteien dazu bereit sind, mit der U.S.P.D. eine Regierung zu bilden, welche die Durchführung obenstehender Forderungen als ihr Mindestprogramm betrachtet.

Deshalb ersuchen wir die Leitung der U.S.P.D., zunächst darüber Klarheit zu schaffen, und uns das Resultat ihrer Feststellungen mitzuteilen.

Die Stellungnahme zur Frage der Regierungsbildung in Preußen, wo es sich für uns in erster Linie um die Demokratisierung der Verwaltung und die Reform der Justiz handelt, ist fernergemäß die gleiche.

Mit sozialistischem Gruß Zentralleitung und Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. J. A. A. Crispian.

Kampf gegen rechts!

Der zweite Tag der politischen Debatte vollendete die moralische und politische Bloßstellung der Deutschnationalen. Die Klopfflechterkutschäden, mit denen Hergt am Tage vorher operiert hatte, nützte ihm und seiner Partei sehr wenig. Zu offenkundig war es, daß der vergiftete Kampf, den die deutschnationalen Führer gegen Erzberger geführt haben, erst die Atmosphäre geschaffen hat, die den Mördern die Pistole in die Hand drückte.

Bereits bei dem Redner der Zentrumspartei, ihrem neuen Fraktionsvorsitzenden Marx, kam das zum Ausdruck. Auch er erklärte, daß seit Monaten bewußt und systematisch auf die Beseitigung im öffentlichen Leben stehender Personen hingearbeitet worden sei. Die Regierung sei deshalb verpflichtet gewesen, eingzugreifen, und sie hätte ihre Pflicht verfehlt, wenn sie die Verordnung nicht erlassen hätte.

Die Deutsche Volkspartei scheute sich, Farbe zu bekennen. Sie schickte einen völlig farblosen Redner vor, den Abgeordneten Thiel, einen Agitator des deutschnationalen Handlungsgeschäfts-Beschandes. War auch die Absicht, die damit verbunden war, völlig klar, so kennzeichnet es doch die ganze Einstellung der Deutschen Volkspartei, daß ihr Redner sich ausschließlich gegen links wandte.

Seine Ausführungen riefen nicht nur eine Erwiderung Gradnauers hervor, sondern veranlaßten auch noch, was im Reichstage sehr selten ist, das Eingreifen der Vertreter der Einzelstaaten. Eine frische Kampfesrede des Thüringischen Staatsministers von Brandenstein brachte die Deutschnationalen zum Toben. Dasselbe war der Fall, als später auch der braunschweigische Ministerpräsident, Genosse Sepp Dertter eingriff, um nicht nur die Maßnahmen der braunschweigischen Regierung zu rechtfertigen, sondern auch um zu versichern, daß die braunschweigische Regierung den Weg der Bekämpfung der Reaktion, der ihr den Haß der gesamten Rechten eingetragen habe, unbeirrt weiter beschreiten werde.

Diese völlige Uebereinstimmung der Deutschen Volkspartei mit den Deutschnationalen wurde späterhin auch von Rosenfeld festgehalten und mit Recht daran die Frage geknüpft, ob eine solche Partei für die Arbeiterklasse jemals bündnisfähig sein könne. Nichts sei trüger als die Meinung, als ob die Reaktion bereits überwunden sei. Sie sei noch sehr kräftig, und um sie niederzurufen, bedürfte es nicht nur des Kampfes gegen die Deutschnationalen, sondern auch des Kampfes gegen die Deutsche Volkspartei.

Mit Spannung hatte man auch dem Auftreten der Kommunisten entgegengesehen. Zum ersten Mal traten die beiden Fraktionen gesondert auf. Sie fanden Clara Zetkin und Levi als Redner vor, die doch noch bis vor wenigen Wochen einer Meinung waren. Ihre Reden unterschieden sich deshalb auch nicht wesentlich voneinander. Bedeutendvoller aber ist noch die Tatsache, daß beide ein offenes Bekenntnis zur Republik ablegten und somit die völlige Uebereinstimmung ihrer Auffassungen mit der Haltung der unabhängigen Partei bestätigten.

Die Deutschnationalen hatten über die verschiedenen Anträge namentlich die Abstimmung beantragt. Sie wurde übertragen, weil ein von den Rechtssozialisten gestellter Antrag, sie einem Ausschuss zu überweisen, eine Mehrheit fand, die die unabhängige Fraktion einschloß. Diese Haltung war notwendig geworden, weil nach der Vereinbarung zwischen der Reichsregierung und der Reichsregierung die bürgerlichen Parteien keine Reigung zeigten, den Belagerungszustand durch den Reichstag aufheben zu lassen. Hätte die unabhängige Fraktion auf der sofortigen Abstimmung ihres Antrages bestanden, so wäre das Gegenteil unserer Absichten eingetreten und wiederum der Belagerungszustand in Bayern bekräftigt worden.

Am Schluß der Sitzung wurde sodann noch der Antrag auf Aufhebung der Strafkraft über den Kommunisten Thoma mit geringer Mehrheit angenommen, da entgegen ihrer frü-

Die Presse über das Angebot

Das Angebot, das die U.S.P.D. in der Frage der Regierungsbildung an die U.S.P.D. gerichtet hat, wird in der Presse nur ganz kurz besprochen. Der „Vorwärts“ schreibt: „Die Anfrage der Sozialdemokratie an die Unabhängigen wurde in der sozialdemokratischen Provinzpresse schon vor einigen Tagen angekündigt. Das ist der beste Beweis dafür, daß der vom „Berl. Tagebl.“ konstruierte Zusammenhang nicht besteht. Sehr unglücklich ist die Schlusswendung des demokratischen Blattes, die geradezu den Anschein erweckt, als ob sich die Industrie mit ihren Devisen in der Wilhelmstraße ankaufen wollte.“

Das „Berliner Tageblatt“ erklärt: Wahrscheinlich wird die Aktion der Sozialdemokratie zunächst zu einem Schriftwechsel zwischen beiden Parteien führen. Soweit läßt sich indessen schon heute sagen, daß weder das Zentrum, noch die Demokraten die Koalition ausschließlich nach links zu erweitern gedenken und eine Gemeinschaftsarbeit der Deutschen Volkspartei und der unabhängigen Sozialdemokraten dürfte ernsthaft überhaupt nicht in Frage kommen.

Die „Bosliche Zeitung“ sagt ihr Urteil so zukommen: „Der gestrige Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, an die Unabhängigen die Anfrage zu richten, unter welchen Bedingungen sie bereit wären, in die Reichs- und in die preussische Regierung einzutreten, hat unverkennbar mehr faktische als praktische politische Bedeutung. Er ist keine Absage an den Gedanken der Koalition der Mitte und damit auch kein Stillstand in den gewohnten Verhandlungen über die Bildung dieser Koalition, und nur dem Bedürfnis der Parteileitung entsprungen, die Opposition gegen den Gölitzer Beschluß, die sich in den letzten Tagen stärker, als man vielleicht erwartet hatte, geltend gemacht hat, zu beschwichtigen.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ urteilt: Die Berliner radikale Richtung scheint innerhalb der U.S.P.D. den Sieg davon-

getragen zu haben; denn die von uns in der heutigen Morgenansgabe veröffentlichte Entschliessung der Reichstagsfraktion der U.S.P.D. verlangt zum Schluß ausdrücklich eine Annäherung an die Unabhängigen. Ergänzt und verstärkt wird diese Richtung noch durch den Beiratsartikel im „Vorwärts“, der betont, daß nur auf diesem Wege die Ideen des Proletariats in die Wirklichkeit umgesetzt werden könnten. Hieraus geht klar hervor, daß die Sozialdemokratie mit allen Kräften bemüht ist, ihre Klassenpolitik auch gegenüber einer nach rechts erweiterten Koalition im verstärkten Maße durchzusetzen.“

Der Konflikt in Höchst

Frankfurt a. M., 1. Oktober.

Zwischen dem Arbeitgeberverband der chemischen Industrie und Vertretern der Gewerkschaften ist heute eine Vereinbarung über die Wiederaufnahme der Arbeit in den geschlossenen Betrieben (Chemische Fabrik Griseheim-Elektron in Griseheim, Farbwerke Höchst, Vereinigte Kunstdruckfabriken Kellertbach) getroffen worden. Danach wird der Reichsarbeitsrat und das Bezirksabkommen der chemischen Industrie maßgebend sein. Die Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter erfolgt nach Maßgabe des Bedarfs und nach dem freien Ermessen der Werksleitungen. Entschädigung für die Streiktage wird nicht geleistet. Die Besetzung der Chemischen Fabrik Griseheim-Elektron hat diese Vereinbarung heute nachmittag mit 212 gegen 26 Stimmen abgelehnt, 50 Prozent der Abstimmungsberechtigten haben jedoch an der Abstimmung nicht teilgenommen. Die anderen Besatzungen werden in den nächsten Tagen über die Vereinbarungen abstimmen.

Neue Zeitungsverbote. Das „Frankfurter Tageblatt“ und die „Grünfelder Neuesten Nachrichten“ sind erneut auf drei Tage verboten worden.

Vertagung des bayrischen Landtages. Der Kabinettsrat des Landtages hat heute beschlossen, daß die nächste Vollversammlung des Landtages am 25. Oktober einzuberufen sei. Der Etat für 1921 wird kurz vor diesem Termin dem Landtag vorgelegt werden. In der Sitzung vom 25. Oktober wird der Finanzminister keine Etatsrede halten.

Der Münchener Nordbund

Neue Enthüllungen

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

München, 1. Oktober.

Die „Münchener Post“ veröffentlicht heute wichtiges Material über das Freikorps „Oberland“, das die Enthüllungen des Reichskanzlers durch den Weizmannschen Bericht und die Mitteilungen des bayerischen Staatspräsidenten über die Münchener Mörderzentrale erhärtet und ergänzt und alle unsere bisherigen Feststellungen über die Münchener Mörderzentrale bestätigt.

Als Hauptorganisator des Freikorps „Oberland“ in der Nachrichtenzentrale Münchens wird Hauptmann von Kessel genannt, dessen richtiger Name Kiefer lautet. Er wohnt in einer Villa bei München und verfügt über außerordentlich große Geldmittel. Die Nachrichtenzentrale Münchens hat verschiedene Unterabteilungen, eine Spionageabteilung gegen das feindliche Ausland, eine Einwirkungsabteilung für Befestigung und Ueberwachung Unzuverlässiger in den eigenen Reihen und eine Spionageabteilung gegen politische Gegner. Die meisten Leute, die in der Nachrichtenzentrale tätig sind, sind ehemalige Offiziere. Im Bureau befinden sich eine Karte von Bayern mit Stiknadeln, die die Orte bezeichnen, wo die Unterabteilungen und Vertrauensleute im übrigen Bayern sich befinden. Leiter der Einwirkungsabteilung ist Oberleutnant Kail. Eine Mordstelle soll tatsächlich existieren. Der Führer ist Hauptmann Oesterreicher. Die Verbindung mit der Münchener Polizeidirektion wird aufrechterhalten durch einen Herrn Weiß, früherer Stabsleiter der grünen Polizei.

Gaulenleiter von „Oberland“ ist Major Horadam, der Leiter für die Auslandsspionage Oberleutnant Bongraz. Diese Mitteilung stellt fest, was die Internationale Kommission plant in bezug auf Maßnahmen der Freikorps, Reichswehr, Einwohnerverschutz, Entwaffnung usw. Leute, die der Entente Waffen verzeihen, werden durch sie verurteilt und, wie Prager-Dobner, der Polizei bekanntgegeben oder bestraft. Bei den Konsulaten oder Entente-Kommissionen liegen belastende Akten Sie werden durch

schlossen werden; bis jetzt mußten bereits über 200 Zeugen vernommen werden.

Wenn die Hundertschaft „als solche“ nicht mehr besteht, dann wünschen wir zu wissen, welchen Dienst sie nunmehr in ihrer abgeänderten Form verrichtet. Weiter haben wir die Frage zu stellen, wieweit die Untersuchung wegen der Ermordung des Wachtmeisters Buchholz gediehen ist. Dadurch, daß die Verdächtigen leblich vom Dienste suspendiert, nicht aber verhaftet werden, ist ihnen direkt die Möglichkeit gegeben, die Spuren des Verbrechens zu verwischen, und die ganze Untersuchung wird dann mit einer Komödie enden.

Noch einmal Rahr

Nach dem Abtreten Rahr's wird eine staatsmännliche Leistung von ihm bekannt, die das Charakterbild dieses Mannes nur vervollständigt. In seiner Amtszeit als bayerischer Ministerpräsident ist er in seiner Abneigung gegen demokratisch-republikanische Regierungsformen und ihrer Vertreter so weit gegangen, daß er es abgelehnt hat, den bayerischen Staatspräsidenten Lein, der zu einem offiziellen Besuch nach München gefahren war, zu empfangen.

So handelt nur ein rückschrittlicher Autokrat, dem jedes Verständnis für die Verantwortlichkeit eines Staatmannes fehlt. Gleichzeitig bekundet diese Handlung auch die Reichstreue Rahr's in ungeschämter Deutlichkeit.

Ein Staatskommissar für Oppau

Vom bayerischen Staatsministerium des Innern wurde für die aus Anlaß der Explosion bei dem Oppauer Werk der Tabakfabrik Anilin- und Sodafabrik Ludwigsbafen erforderlichen Maßnahmen, Ministerialdirektor im Staatsministerium für Handel, Industrie und Gewerbe, Eduard Rahr, als Staatskommissar bestellt. Inhalt und Umfang seiner Vollmachten und Aufgaben werden durch besondere Anordnungen des Ministeriums des Innern festgesetzt werden.

Nach ein Wildgewordenen. Der Landtagsabgeordnete Ziegler ist aus der kommunistischen Partei ausgestiegen. Sein Mandat wird er nicht niederlegen. Auch Oskar Ruch hat Austrittsbekannt gegeben, er will im Landtag eine Fraktion bilden.

Katzenbanditen als Gefängniswärter. Durch die Br. St. ist kürzlich die Mitteilung gegangen, daß zwei der wegen Gefangenemißhandlung verurteilten früheren Angehörigen des Freikorps Anlot, namens Walter und Bislup, als Aufsicher im Gefängnis zu Schweidnitz angestellt worden seien. Tatsächlich ist, wie der B. V. K. von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, vor einigen Monaten der Offiziersstellvertreter Walter als Arbeitsaufseher in der Strafanstalt zu Schweidnitz angestellt worden, weil der Vorsteher nicht wußte, daß er mit einem der verurteilten Angehörigen des Freikorps Anlot identisch war. Walter ist aber nunmehr nach Ablauf der Rindignationsfrist am 30. September aus seinem Dienst aus. Ueber eine Beschäftigung des Ruchup im Gefängnisdienst hat sich angeblich nichts ermitteln lassen.

Verurteilter Knüppelheld. Vor dem Münchener Schöffengericht wurde der Kaufmann Oskar Körner, der am 2. Juni in der Nacht den rechtssozialistischen Abg. Sänger in München durch einen Stoßschlag mißhandelt hatte, zu einer Woche Gefängnis verurteilt.

Wiskiesestreich in Düsseldorf. Da die Stadt Düsseldorf vom 1. Oktober an die Milchversorgung übernommen hat, ist es mit den Milchgroßhändlern zu Zwistigkeiten gekommen. Die Milchgroßhändler sind in den Streik getreten und haben die Versorgung der Stadt mit Milch eingestellt. Die Stadt versucht, mit Hilfe der Konsumgenossenschaften die Milchlieferung weiterhin sicherzustellen.

Der neue deutsche Gesandte in Haag. Der bisher im Auswärtigen Amt beschäftigte Colonel Freiherr Lucius von Stobden ist zum Gesandten in Haag ernannt worden und wird sich in den nächsten Tagen auf seinen Posten begeben.

Streik in den Erfurter Zeitungsdruckereien. Die in den hiesigen Zeitungsdruckereien beschäftigten Buchdrucker sind heute sich in den Zustand getreten. Die „Tribüne“-Druckerei hat die Forderungen bewilligt.

Strafantrag gegen die Frankfurter „Volkstimme“. Der Oberlandesgerichtspräsident am Frankfurter Oberlandesgericht hat gestern gegen die sozialdemokratische „Volkstimme“ Strafantrag wegen Beleidigung des Senatspräsidenten Dr. Helmreich gestellt. Die „Volkstimme“ brachte einen Artikel, in dem sie Dr. Helmreich in Verbindung mit den Mördern Erzberger's nannte und den Vorwurf der Mitwirkung schuldig erhoben haben soll.

Tabaksteuer ab 1. Oktober. Das Reichskabinett hat sich in seiner Donnerstagssitzung mit der Besteuerung des Tabaks beschäftigt. Es wurde beschlossen, daß die Verordnung vom

die Spionageabteilung festgestellt und dann von der Einbruchskommission gestohlen.

Die Nordkommission entstand in Oberschlesien unter der Bezeichnung „Kurskommando“. Das Freikorps „Oberland“ besitzt große Mengen Waffen aller Art. Organisation Heinzje und die Arbeitsgemeinschaft Rothbad sind an „Oberland“ herangeschritten, um von ihnen käuflich Waffen zu erwerben. Alle in heroischen Stellungen des „Oberland“ tätigen Leute haben Verdienen. Leutnant Brand ist Leiter der Waffen- und Munitionsbefehlsabteilung. Oberleutnant Fuhrmann hat Transportmittel und Kraftfahrwesen, Leutnant Lemberg Artilleriewesen.

Vor einigen Tagen wurde Hauptmann von Kessel in Schlesien verhaftet, er sollte der Münchener Polizeidirektion überliefert werden. Die Nachrichtenzentrale „Oberland“ wurde von der Polizei sofort verhaftet. Das Freikorps „Oberland“ beschäftigt Kessel auf dem Transport nach Breslau gewaltsam zu beschleunigen. Um die bayerischen Behörden nicht zu kompromittieren, soll die Befreiung außerhalb Bayerns erfolgen. Dem Verbindungsmann Weiß wird von der Polizei Tag und Stunde des Abtransportes mitgeteilt. In Oberschlesien wurden von „Oberland“ zahlreiche handrechtliche Erschießungen vorgenommen.

In der Fürstenstraße 18a in München sind die Stammrollen sämtlicher Offiziere und Mannschaften von „Oberland“ und ihre Adressen, damit die Leute jederzeit telegraphisch geholt werden können. Die Turn- und Sportabteilung der Nationalsozialisten arbeitet zusammen mit den Zeitfreiwilligenkompanien 4 und 12. Die Turn- und Sportabteilungen sind die Sturmtrupps der Nationalsozialisten.

Es werden noch eine große Anzahl Namen mit genauen Adressen in den Beröchtigungen der „Münchener Post“ mitgeteilt. So daß die Staatsanwaltschaft sofort zugreifen kann, wenn sie den ersten Willen hat, das Münchener Verbrechen auszuheben. Der Ministerpräsident Lerchefeld, der zugleich der Justizminister ist, hat in seiner Landtagsrede erklärt, daß die Untersuchung gegen die Geheimorganisation mit aller Rücksichtslosigkeit durchgeführt werde. Hier hat er nun Gelegenheit, zu beweisen, daß es ihm ernst ist mit dem, was er dem Landtag versprochen hat.

4. Juli 1921 bezüglich der Besteuerung der Tabakfabrikate am 1. Oktober 1921 in Kraft tritt. Doch wurde in Aussicht genommen, bei den Zöllen für Rohtabak Erleichterungen zu schaffen.

Das englische Antidumpinggesetz ist am 1. Oktober in Kraft getreten. Es bezieht sich auf ungefähr 8000 Artikel, namentlich optische Gegenstände, Glaswaren, Porzellan, verschiedene wissenschaftliche Instrumente, Magnetos, Chemikalien usw.

Der 1. Kongress des IFA-Bundes

Am 2. und 3. Oktober 1921 tagt in Düsseldorf, dem Sitze des Deutschen Werkmeisterverbandes, der 1. Gewerkschaftskongress des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (IFA-Bundes). Damit kommen die Konzentrationsbestrebungen der freigewerkschaftlich gerichteten Angestelltenverbände zu einem gewissen Abschluß.

Schon vor dem Kriege hatte er freie Angestelltenverbände gegeben: den Zentralverband der Handlungsgehilfen und den Verband der Bureauangestellten, die sich nach dem Kriege zum Zentralverband der Angestellten vereinigt haben. Die gewaltige Umwälzung wirtschaftlicher und politischer Art, die eine Folge des Krieges war, haben immer weitere Angestelltenkreise in das Lager der freien Gewerkschaften gebracht. Der Bund der technischen Angestellten, der Deutsche Werkmeisterverband und einige kleinere Organisationen näherten sich der Ideenwelt des Zentralverbandes der Angestellten immer mehr, wenn auch zugegeben ist, daß eine völlige Uebereinstimmung in den Weltanschauungsfragen nicht bis in alle Einzelheiten besteht. Diese freigewerkschaftlich gerichteten Angestelltenverbände traten in den Fragen des Arbeiterrechts, der sozialen Versicherung usw. zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen, die sich nach und nach in eine solche ausgestaltete, die alle gewerkschaftlichen Fragen umfaßt.

Die Folge dieses Zusammenwachsens mußte auch eine gewisse organisatorische Einheit sein. Das praktische Zusammenwirken kann auf die Dauer nur dann nutzbringend und erfolgreich sein, wenn man sich vorher über die zu ergreifenden Schritte verständigt. Diese Aufgabe soll der IFA-Bund haben und die einzelnen ihm angeschlossenen Verbände in die Lage versetzen, gemeinsam die rückschlüssigen Kollisionen zu überwinden, die von anderen Angestelltenverbänden propagiert werden. Er soll vor allem aber die Angestellten stark machen zu Schutz und Trutz gegen das Unternehmertum.

Diese Berlinerrichtung des IFA-Bundes zu einer geschlossenen Organisation bedingt aber auch, daß der Zentralverband der Angestellten nunmehr aus dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB), dem er seit Jahrzehnten angeschlossen ist, aussteigt. Das ist jedoch keine Trennung von den Arbeitergewerkschaften, da ja der IFA-Bund künftig als selbständige Vertretung der Angestelltenorganisationen in derselben Weise mit dem ADGB zusammenwirken wird, wie der Zentralverband der Angestellten bisher allein innerhalb des ADGB. Diese Pläne sind seit langem wohlüberwogen und zwischen dem IFA-Bund und dem ADGB vereinbart worden, so daß zwischen diesen beiden freigewerkschaftlichen Zentralen ein dem Nutzen der Angestellten und der Arbeiter dienendes Zusammenarbeiten gesichert ist.

Die dem IFA-Bund angeschlossenen Organisationen werden auch in den einzelnen Orten besondere Kartelle (IFA-Kartelle) neben den Gewerkschaftskartellen der Arbeiter bilden, so daß eine örtliche Verbindung zwischen den freien Gewerkschaften der Angestellten und der Arbeiter ebenfalls gewährleistet ist.

Der Streit im Gastwirtsgewerbe

Vom Kartell der im Gastwirtsgewerbe vertretenen Arbeitsnehmer-Organisationen wird uns geschrieben:

Nach den Beschlüssen der 11 Nachbarsitzungen wurde Sonntag früh den Unternehmern der neue Tarifvertrag zur Anerkennung vorgelegt. Ueberall dort, wo nicht bewilligt oder wo ausgesetzt wurde, traten die Beschäftigten mit ganz geringen Ausnahmen geschlossen in den Arbeitsstreik. Die Stimmung der Arbeitnehmer ist sehr zufrieden. Insgesamt haben ungefähr circa 35 000 Personen im Ausland oder sind ausgesetzt worden. Im Laufe des Tages haben circa 145 Betriebe mit ungefähr 2200 Arbeitnehmern die Forderungen des Kartells anerkannt. Zweck ist nun, daß es sich nicht um einen Kartellstreik handelt, sondern daß die gesamten Arbeitnehmergruppen, also auch die kaufmännischen und technischen Angestellten, Handwerker, Maschinenisten und Helfer und technischen Angestellten und Arbeiter, in den Kampf einbezogen sind.

Seitens der Arbeitgeber-Organisationen werden durch gemeinsame Kontrollkommissionen die Unternehmern derjenigen Betriebe, die bewilligt haben, kampflos bearbeitet, um ihre gegebene Zusage wieder zurückzugeben.

heren Haltung nun auch einige Demokraten sich für die Haftentlassung entschieden. Dagegen gelang es nicht, die Anträge auf Erhöhung der Renten der Sozialversicherung sofort zu erledigen, ebensowenig gelang der Versuch der U. S. V.-Fraktion, der von den Rechtssozialisten unterstützt wurde, den Reichstag noch in der nächsten Woche tagen zu lassen.

Geht Hermes?

Wie die B. V. K. von gutunterrichteter Seite hören, dürfte bei der kommenden Umbildung der Reichsregierung auch der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Hermes, der der Zentrumspartei angehört, aus der Regierung ausscheiden, da ihm einer der wichtigsten, neu zu besetzenden Posten angeboten worden ist. Diesen Posten dürfte er, auch mit Zustimmung seiner Partei, annehmen, vorausgesetzt, daß die Regierung der fremden, in Frage kommenden Macht ihr Agreement erteilen wird.

Außerhalb der Kreise der Agrarier, für die er mit nie ruhender Liebe gefogt hat, dürfte wohl niemand im deutschen Volk dem Verschwinden Hermes als Ernährungminister eine Träne nachweinen. Ungezählte Milliarden sind den Agrariern durch sein Verhalten zugestiegen. Noch in letzter Zeit hat er es trotz der großen Notlage der Reichsfinanzen gewagt, der Reichsregierung einen neuen Plan zu unterbreiten, durch den wiederum eine halbe Milliarde Mark an Liebesgaben an die Agrarier ausgezahlt werden sollte.

Unter seiner Herrschaft aber ist, nicht nur veranlaßt durch den schlechten Stand der Mark, sondern im wesentlichen durch seine Erfüllung aller agrarischen Wünsche eine ununterbrochene Steigerung der Preise eingetreten. Hermes hat mit dieser Politik nicht nur bei den sozialistischen Arbeitern und Angestellten großen Widerstand gefunden, sondern auch bei den kritischen Arbeitern. Mit Hilfe der Zentrumspartei ist es ihm aber doch stets gelungen, dieses Widerstandes in den eigenen Reihen des Zentrums Herr zu werden.

Verbotene Kartoffelausfuhr aus Deutschland

Der „Deutsche Fruchtgroßhandel“, das Organ der Obst- und Gemüsehändler, macht in seiner letzten Nummer von Kartoffelangeboten deutscher Lieferanten an Frankreich Mitteilung. Deutsche Kartoffelinteressenten haben danach französischen Firmen deutsche Kartoffeln bei Oktoberlieferung zu 40 französischen Franken für je 100 Kilogramm franko bis Bahnhof Montreux-Bleuz (Belvit Croix) unterzollt angeboten. Die Lieferungen wären wahrscheinlich auch zustande gekommen, wenn nicht zu gleicher Zeit aus dem Eschaf wesentlich billigere Kartoffelangebote als aus Deutschland eingetroffen wären, denen man natürlich in Frankreich den Vorzug gab.

Nach Meldungen, die der „Vorwärts“ von ununterrichteter Seite erhält, ist in einem anderen Fall ein Export von erheblichen Mengen von Saatkartoffeln aus Deutschland über das Soargebiet nach Frankreich erfolgt. Dieser unerlaubte Kartoffeltransport ist, wie in eingeweihten Kreisen längst bekannt ist, zum Teil bereits erfolgt, zum Teil noch im Gange. Erhebliche Mengen unseres wichtigsten Nahrungsmittels werden durch das Treiben gewissenloser Spekulanten dem deutschen Volke entzogen und zu hohem Gewinn über das Soargebiet nach Frankreich verschoben. Auch das ist eine Frucht der gerühmten Hermes-Politik.

Der Kartoffelwucher

Scharfe Maßnahmen in Braunschweig

Wie das staatliche Presseamt in Braunschweig meldet, sind die Kreisdirektionen des Landes Braunschweig und der Stadt Braunschweig vom Ministerium erlaubt worden, alle Kartoffelerzeuger, die einen Kartoffelpreis fordern, der 25 M. wesentlich übersteigt, wegen Wuchers, und alle Händler, die ihn durch Uebertreiben in die Höhe treiben, wegen Preistreiberlei zur Anzeige zu bringen. Auch gegen Kaufhäuser aus nicht braunschweigischem Gebiet will man vorgehen. In allen Fällen, in denen Preistreiberlei festgestellt ist, will man die Handelserlaubnis entziehen.

Reichsbank und Markkurz

In der letzten Zeit sind in der inländischen und ausländischen Presse Rummungen und Gerüchte, ja sogar Behauptungen aufgetreten, daß der Rückgang des Markkurses durch die Reichsbank gefördert werde, um dadurch die Unmöglichkeit weiterer Reparationszahlungen darzutun. Diesen unverantwortlichen, Deutschland auf das schwerste schädigenden Zeitungsnotizen gegenüber ist zu betonen, daß, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, die Reichsbank im Interesse der Befundung des deutschen Wirtschaftslebens den allergrößten Wert auf eine Hebung oder wenigstens Verhütung des Reichsmarkkurses legt und alle ihre Maßnahmen von diesem Gesichtspunkt aus bisher getroffen hat und auch weiter zu treffen gedenkt. Obenfalls falsch ist die vielfach geäußerte Behauptung, die Reichsbank treibe durch Devisenkäufe an der Börse die Kurse in die Höhe. Es trifft vielmehr das Gegenteil zu, denn die Reichsbank sucht dauernd nach Möglichkeit durch Abgabe von Devisen bei der Kurssteigerung die Kurssteigerung zu verhindern oder zu mildern. Dazu pflegt sie in der Lage zu sein, weil ihr, insbesondere durch den Ankauf von Devisen aus dem regulären Ankaufgeschäften bei ihren zahlreichen Zweigniederlassungen täglich große Beträge zufließen.

Die Erholung unseres Markkurses war auch diesmal nur von kurzer Dauer. Während der Dollar am Freitag mit 115 notiert worden war, ging er am Sonnabend bereits wieder auf 124.

Die Hundertschaft z. B.

Die Telegraphenunion meldet: In den letzten Tagen haben sich in einem Teil der Presse die Angriffe gegen die Hundertschaft z. B. erneuert. Wie amtlich verlautet, besteht die Hundertschaft zur besonderen Verwendung als solche nicht mehr. Ihr Führer und alle anderen durch Beschuldigungen belasteten Beamten sind schon seit einiger Zeit vom Dienst suspendiert und stehen mit den zurückgebliebenen in keinerlei Verbindung mehr. Die Hundertschaft selber ist einer Abteilung der Schutzpolizei eingegliedert worden. Während sie bisher eine oblige Sonderstellung eingenommen hat, ist sie jetzt eine Formation wie jede andere. Infolge dieser Maßnahmen darf man mit Sicherheit annehmen, daß keine Unzutrefflichkeiten mehr vorkommen und in der Hundertschaft, die einem neuen Führer untersteht, Sonderbestrebungen nicht verfolgt werden können.

Die gerichtliche Voruntersuchung wird auf Bitten des Ministers des Innern mit besonderer Beschleunigung geführt, doch konnte sie infolge ihres Umfanges bisher noch nicht abge-

A. Wertheim Besonders preiswert

Leipziger Straße (Versand-Abteilung) Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Strumpfwaren

- Damenstrümpfe** lang, mittelkräftig, schwarz 975
- Damenstrümpfe** Musselin fein, schwarz oder farbig 1575
- Damenstrümpfe** halbbare Qual., Doppelpeluchl. u. Hochfaser, schwarz od. lederfarb. 1625
- Damenstrümpfe** in Seidenstoff schwarz oder farbig 2650
- Damenstrümpfe** Kunstseide, farbig 2950
- Damenstrümpfe** Tramaside schwarz oder feinfarbig 5150
- Herrensocken** stark, grau 515
- Herrensocken** Baumwolle schwarz oder feinfarbig 975
- Herren-Schweißsocken** grau, mittelfest, Fuß ohne Naht 1250
- Herrensocken** schwarz mit farbig gesticktem Zwickel 1375
- Herrensocken** reine Wolle gestrickt, grau oder schwarz 1875
- Kinderstrümpfe** kräftige halbbare Schweißstrümpfe, Wolle, plattiert GröÙe 2 bis 11. GröÙe 2 975 per Gr. mit 135
- Damen-Sportjacken** in lebhaften modernen Farben 175 M 265 M
- Badfisch-Paletot** hochwertiger Stoff mit farb. Unterkrage 195 M

Kleider u. Seidenstoffe

- Blusenstoffe** mod. Streifen 1975
- Röm. Streifen** für Blusen 28 M
- Schotten** doppeltbr., in schönen Farbbelegungen 2850
- Kostümstoff** zwelf. Diagonal 130 cm Br. 48 M
- Noppenstoffe** 150 cm Br. in verschiedenen Farbbelegungen 79 M
- Cheviot** reine Wolle, doppeltbreit 39 M
- Futterserge** Halbseide 2250
- Röm. Streifen** für Blusen 40 M
- Taffet-Schotten** doppeltbr. 72 M
- Paillette** einfarbig, doppeltbreit 72 M
- Taffet** schwarz, für Kleider, doppeltbreit 89 M
- Marguisette** reine Seide etwa 100 cm breit, viele Farben 98 M

Damen-Handschuhe

- Schweden-Ersatz** farbig 1150
- Trikot** farbig, gute Qualität 1350
- Strickhandschuhe** farbig 1650
- Trikot** farbig, 1/2 mit Flanellfutter 1850
- Trikot** farbig, 1/2 mit Kunstseidenfutter 1950
- Mocha-Ersatz** elegante Ausstattung mit Kunstseidenfutter 2350

Herren-Handschuhe

- Schweden-Ersatz** farbig, Druckknöpfe 1250
- Farbia. Trikot** gute Qualität 1550
- Schweden-Ersatz** farbig, gute Qualität 1050
- Schweden-Ersatz** farbig mit Ringverschlüssen 2650

Blusenschoner in verschiedenen Farben 1875
Kimonos in lebhaften Farben 78 M 195 M

Kleiderröcke aus solid. Stoff 39 M aus Elfenbein-Schatten 87 M
Morgenrock aus warmem Flauschstoff mit Elendengarnitur 95 M

Waschstoffe

- Velour** bedruckt, dunkle Muster 1950
- Körper-Barchent** in hellen Mustern, 80 cm breit 2150
- Wasch-Popeline** bedruckt 120 cm breit 25 M
- Affenhaut** Baumwolle, für Damenhüte, in vielen Farben, ca. 55 cm breit 3750

Blusen

- Seidenbluse** jugendliche Form mit Knöpfen garniert 29 M
- Hemdbluse** offen und geschlossen farbigen Streifen 3650
- Hemdbluse** aus gutem Flanell langgeschlitzte Form 58 M
- Wollballist-Bluse** mit schöner Stickerei, in vielen Farben 79 M
- Jumper** tolle Form, offen und geschlossen zu tragen, in Popeline 95 M
- Seidenbluse** aus gutem Flanell mit reichem Handstick und hübscher, modischer Farben 98 M

Damenmäntel

englischer Geschnitt eleganten Formen 485 M

aus gutem dicken Flauschstoff, hell- und dunkelfarbig, Reagen-Ärmel, mit und ohne Gürtel zu tragen 580 M

aus Elfenbein, hell- und dunkelfarbig mit u. ohne Stickerei diverse Formen 695 M

Theater und Vergnügungen

Volkstheater
7 1/2 Uhr: Die Janne Julie
7 1/2 Uhr: Mafie Wenzel

Neues Volkstheater
Abend: Der Schrei nach Ruhe

Staatstheater
8 Uhr: Die Meistersinger

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Koon

Kammerpietä
7 1/2 Uhr: Die Jungfernen

Großes Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Die Räuber

Prinzessin Olala
7 1/2 Uhr: Die Räuber

Theater des Ostens
7 1/2 Uhr: Das Glück der kleinen Leute

Waller-Theater
Täglich 7.30 Uhr
Nixchen

Klimes Theater
7 1/2 Uhr: Cavale Tode in
4 Uhr: Casanova Sohn

Casino-Theater
7 1/2 Uhr: Erzellenz Marie

Theater am Rollendorplatz
8 Uhr: Der Better aus Dingsda

Walhalla-Theater
7.30 Uhr: Die schöne Helena

Theater des Ostens
7 1/2 Uhr: Heute
7 1/2 Uhr: Das Glück der kleinen Leute

Wien-Berlin
14 Varietè-Sensationen
Beginn 7 1/2 Uhr
Kafa Wainwasser

HEIKOPF
Behrenstraße 54.
8 Uhr:
„Die tausenden Fanten“
Joe und Eva Ferron
Lilli und Foni
Paul Ceradini
Tanz Orman
Olli und Lily
John Hamilton
Harwardt Marienthan
Ludwig Kiermoat
2 Gerards
Braun und Braun
5 Oiretelle

TAUENTZIEGEN
Varietè im
TAUENTZIEGEN
PALAS
Das sensationelle
Oktober-Varietè-
Programm!
Beginn 8 Uhr.

THALIA-THEATER

7 1/2 Die Operette 7 1/2
von der ganz Berlin spricht, in erstklass. Besetzung

Schäm' dich Lotte!

Eduard Lichtenstein
u. G.

Ausscheiden Ausscheiden

Sondervergünstigung
(außer Sonntags) bis 15. Oktober für 1-3 Personen

Parkett M. 10.- | Park.-Parquet I M. 20.-
Park.-Parquet II M. 15.- | Orchester-Parquet M. 25.-
(einschließlich Lustbarkeitssteuer.)

Originalkarten 8 Tage im voraus 10%, -1/2, und 5/8 Uhr abends

Alhambra

am Moritzplatz
(fr. Bogenbogen)

Celly de Rheydt
und ihr Ballett

Volkpreise
8 Uhr

LTL

Wilson-Theater-Gesellschaft
Reichenberger Str. 24

7 1/2 Uhr:
Neptuns Tochter
mit
Anita Andersen

8 1/2 Uhr:
Großes Orchester
Konzert: Reg. 6 Uhr

Musikklub, menschl.
bühn. neu, gebrauchte,
Schwächer, Gitarre, etc.,
99-999 „Paris“.

Circus Taraselli

Bahnhof-Friedrichstr.
Heute Vorstellung

„Apolonbader“

Friedrichstraße 215
Unter persönlicher
Leitung des Komponisten
Paul Lincke
FRAU LUNA
Kunstoperette

Theater a. Kolthbus Tor

Tel.: 10077
8 1/2 Uhr u.
Stg. nachm. 8 1/2
Wächter-Konzert
Edla Sänger
Soz. 11-11/2 u. 4-4

Sport Palast

Das größte Kino der Welt

Palastufer Str. 72 • Neubauer Bülowen

Das gestohlene Millionenrezept
Eine sensationelle Liebesgeschichte aus Santa Maria
Kulterem Hauptdarstellung des
Nobody-Films II. Teil
Der Meister des Bluffs
mit Gabelier Schiffer
Sonntags Beginn 4 Uhr

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom
1 Exemplar der zweimal täglich erscheinenden Zeitung
„Freiheit“
Bestener Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands
mit der wöchentlich einmal erscheinenden
Wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Freie Welt“
zum Preise von Mk. 12.— monatlich, Mk. 6.— halbjährlich,
bei freier Zustellung ins Haus

Name: _____
Ort: _____
Straße: _____
Wohner: _____
Diesen Vorkauf bitten wir in einer unserer Expeditionen abzugeben
oder an die Hauptexpedition, Berlin C 2, Breite Str. 80b, einzuliefern.

Circus Busch

Heute Sonntag
3 + 7 1/2
Sämtl. Circus-Vorst.
Kadett, 1 Rind heil
Habt. Werrische
u. Circus.

CHAUBURG

Abend 7 Uhr, 121
Heute
2 Uraufführungen 2
Pflimschau!
Da ist der Faust
Sensations-
Schauspiel in 6 Akten
in der Hauptrolle
Luciano Albertini!
Regie: Joseph Delmont

Der Schrecken
der roten Diale
Drama in 4 Akten
Regie: Carl Bress
mit Karl Bress
Otte Schürer, A. b. Fabry
Grete Hoffmann,
F. Kühne, L. Rex

Bühnenschau:
Edmund Loewe
in seiner Szene
Pflimschau!
Chetty Lottard
in ihrer Szene
Sonntag Beginn 6 Uhr

Reichsmonopolverwaltung

Klarer

3/4 Ltr.
Preis: Mark 31.

35 Raumteile - 29 Gewichtsteile Weingeist.

Monopoltrinfbranntweine

(zunächst „Klarer“ und „Kümmel“) sind erhältlich
im Einzelverkauf in Lebensmittel- und Feinkosthandlungen
sowie in Destillationen und Gastwirtschaften.
zum Wiederverkauf bei der Monopolbranntwein-Vertriebsgesellschaft
m. b. H. Berlin 71 70 23, Neudorfer Allee 10, Fernruf 2292

Auf Anfrage werden denselbst Einzelverkaufsstellen nachgewiesen.

Reichsmonopolverwaltung für Brantwein

Demokratische Wahlpropaganda

Wir haben in der „Freiheit“ wiederholt festgestellt, daß sich das Bürgertum in seiner maßlosen Wut gegen die sozialistische Einheitsgemeinde beständig dazu hinreißt, die unsinnigsten Lügen über die „sozialistische Mißwirtschaft“ zu verbreiten. In die Seite des deutschnationalen Pfarrers Koch, den selbst der bürgerliche Kammerer Dr. Karding in öffentlicher Sitzung Lügen strafen mußte, gestellt sich jetzt der demokratische Stadtrat Loehning.

Eine bürgerliche Lokalkorrespondenz, die offenbar das Bedürfnis fühlt, sich in den Dienst der bürgerlichen Wahlpropaganda zu stellen, verbreitete einen Versammlungsbericht über ein Referat des Demokraten Loehning. Diese Rede wimmelt von Unrichtigkeiten und bewußten Unwahrheiten, die doppelt kläglich anmuten, weil der Stadtrat Loehning in der Presse als einer der besten Kenner der Berliner Verwaltung bezeichnet wird. Wir geben aus dem Bericht zur Illustration folgende Sätze wörtlich wieder:

„Er bezeichnet es als ein Unglück, daß beispielweise die Armenverwaltung, die Fürsorgepflege und die Schulverwaltung ein Tummelplatz für Utopisten geworden sei.“ (Den Offizieren der Arbeit über die unumgängliche geistliche Pflicht hinaus zu helfen, ist nach demokratischer Ansicht — Utopismus! Red. d. „Fr.“)

„Die Berliner Schulen, die früher Musteranstalten waren und von den Fachleuten der ganzen Welt bewundert wurden, kennen heute niemand wieder. Unordnung herrscht auf der ganzen Linie.“

Niemand könne heute mehr bestreiten, daß die Linksparteien ihr Versprechen, Berlin eine musterghütige sozialistische Verwaltung zu geben, nicht zu erfüllen vermöchten. Der kommunalpolitische Zusammenbruch der Reichshauptstadt sei bereits da. Besonders in Erscheinung getreten sei das Versagen der Parteipolitiker bei der Verwaltung der städtischen Werke und der Straßenbahn. (1) Man habe Fachleute von Welt Ruf einfach gehen lassen und durch Politiker ersetzt, die gar nicht in der Lage seien, aus den städtischen Betrieben wieder rentable Unternehmungen zu machen. Die reine Gemeindeverwaltung für städtische Betriebe sei ein überlebter Begriff.“

In diesen Beispielen können wir zeigen, wie schwach die bürgerliche Position gegenüber der sozialistischen Gemeindepolitik sein muß, wenn man auf bürgerlicher Seite über keine besseren Argumente verfügt. Herr Stadtrat Loehning bedient sich des beliebten deutschnationalen Argumentes, alle Folgen des Krieges als Folgen der Revolution darzustellen; das geht aus seiner Bemerkung über die Schulen hervor, über deren verzwiefelte Lage wir wiederholt berichtet haben und die — besonders bei den Gemeindefschulen — durch die Benutzung von militärischen Formationen und anderen Kriegserscheinungen verschuldet ist. Die Bemerkung des Herrn Loehning, daß die Linksparteien ihr Versprechen, Berlin eine musterghütige sozialistische Verwaltung zu geben, nicht erfüllen hätten, zeugt von der ganzen inneren Unwahrscheinlichkeit seiner Wahlpropaganda. Herr Loehning wird sehr gut wissen, daß die Aufbauarbeit der Sozialisten auch in ihren bescheidensten Anfängen planmäßig vom Oberpräsidenten bekämpft und nahezu unmöglich gemacht worden ist. Herr Loehning wird so gut wissen wie wir, daß mit Ausnahme der Magistratsmitglieder selbst in dem Personal der Verwaltung keine wesentliche Veränderung eingetreten ist, sondern daß sich leider in der gesamten städtischen Verwaltung noch dasselbe Personal befindet, das im kaiserlichen Deutschland gearbeitet hat und das natürlich alle Anordnungen der sozialistischen Magistratsmitglieder nur mit Widerwillen ausführt, wenn es sie nicht überhaupt sabotiert. Herr Loehning weiß so gut wie wir, daß die sozialistische Einheitsgemeinde mit dem ungeheuren bürokratischen Apparat belastet ist, den die Kriegszeit mit ihrer

Zwangswirtschaft bei allen Gemeinden entstehen ließ und daß infolgedessen von einer Verwaltung, wie sie die Sozialisten anstreben, nicht gesprochen werden kann. Herr Stadtrat Loehning behauptet in demselben Augenblick, wo die städtische Straßenbahn das Defizit, in das sie unter bürgerlicher Herrschaft hineingeraten war, beseitigt hat: „die reine Gemeindeverwaltung für städtische Betriebe sei ein überlebter Begriff“, „besonders in Erscheinung getreten sei das Versagen der Parteipolitiker bei der Verwaltung der städtischen Werke und der Straßenbahn“.

Wir finden es für einen ehemaligen Stadtrat, dem eine genaue Kenntnis der Berliner Verwaltung nachgerühmt wird, außerordentlich blamabel, wenn er sich in seinem blindwütigen Kampfe gegen sozialistische Anschauungen ganz offensichtlich unrichtiger Behauptungen bedient und können deshalb mit größter Zuversicht den Ausgang des Wahlschlusses erwarten. Wir schätzen die Berliner Bevölkerung nicht so niedrig ein wie die Demokraten, die — wie das vorstehende Beispiel zeigt — offenbar der Meinung sind, sie bräuchten der Bevölkerung nur irgendwelche Schauermärchen zu erzählen, um sie als bürgerliche Mitläufer zu gewinnen. Die Arbeiterklasse wird diesen unwahrscheinlichen bürgerlichen Herrschaften am 16. Oktober die richtige Antwort geben!

Der Kampf um die Schule

In den sechs engeren Berliner Verwaltungsbezirken werden Direktoren und Direktoren von den Bezirksämtern gewählt. Dabei sind in den Verwaltungsbezirken 1, 3, 4, 5 und 6 Wahlen auf Grund der Vorschläge, die die freie sozialistische Lehrgewerkschaft Deutschlands gemacht hat, vorgenommen worden. Mit einem ungeheuren Aufwand von Entlohnung, der im umgekehrten Verhältnis zu seiner Berechtigung steht, zieht die „Deutsche Tageszeitung“ über diese Wahlen her. „Die Parteiwirtschaft in den sozialistischen Parteien hat neue Blüten getrieben“, „es kann in keiner Weise darüber geurteilt werden, ob die in Betracht kommenden Damen und Herren in der Schule Tüchtiges leisten, denn man kennt sie nur als geistungsstüchtige Parteigenossen“, mit diesen und ähnlichen Redewendungen wird gegen die sozialistischen Lehrer Stimmung gemacht.

Die Entlohnung der Deutschnationalen ist uns sehr verständlich. Im alten Obrigkeitsstaat haben diese Leute die Schule unum-schränkt beherrscht, sie haben sie mißbraucht, um aus den Arbeiterkindern gefügige preußisch-deutsche Untertanen zu machen. In der Schule des kaiserlichen Deutschland war ein sozialistischer Lehrer ein gehetztes Wild; wir erinnern nur an den Lehrer Sonnemann (Jürgen Brandt), der trotz ausgezeichneter pädagogischer Fähigkeiten aus dem Dienst entlassen wurde, nur weil er sich in seiner Freizeit mit der Arbeiterjugend beschäftigte hatte. Im kaiserlichen Deutschland war eine königstreue Gesinnung, die der damaligen konservativen Parteigesinnung entsprach, überhaupt Voraussetzung, um als Lehrer beschäftigt zu werden. Schon die Seminare waren in ihrem ganzen Lehrplan darauf eingestellt, nur königstreue Beamte auszubilden. Wenn also jetzt Sozialisten zu Direktoren gewählt werden, so wird nur ein Jahrzehntlang an ihnen verübtes Unrecht gutgemacht!

In der denkbar rücksichtslosesten Weise war die Volksschule im kaiserlichen Deutschland ein Herrschaftsinstrument der bestehenden Klasse. Ja, die Schule wurde sogar dazu benutzt, die Arbeiterkinder gegen ihre eigenen Eltern mobil zu machen. Den Beweis dafür liefert der Schulerlach Wilhelm II., den er ein Jahr nach seinem Regierungsantritt herausgegeben hat. In diesem heißt es:

„Schon längere Zeit hat mich der Gedanke beschäftigt, die Schule nutzbar zu machen, um der Ausbreitung sozialistischer und kommunistischer Ideen entgegenzuwirken. ... Ich kann mich der Erkenntnis nicht verschließen, daß in einer Zeit, in welcher die sozialdemokratischen Frevler und Entstellungen mit vermehrtem Eifer verbreitet werden, die Schule zur Erkenntnis

dessen, was wahr, was wirklich und was in der Welt möglich ist, erhöhte Anstrengungen zu machen hat.“

Es steht der monarchistischen „Deutschen Tageszeitung“ sehr schlecht an, darüber zu zeteren, daß in die Schule der sozialistischen Gemeinde Berlin Politik hineingetragen würde. Was wie Sozialisten wollen, ist vielmehr, daß die nationalistische Politik, die Deutschland ins Unglück geführt hat und die den Kindern einzupflanzen geradezu ein Verbrechen ist, endlich aus der Schule hinausgetragen wird. Wir wollen, daß die jungen Arbeiterkinder zu aufrechten, ihres eigenen Menschenwertes bewußten Persönlichkeiten ausgebildet werden und nicht, wie es das Erziehungsresultat der Volksschule des kaiserlichen Deutschland war, daß kriechende Untertanen aus ihnen gemacht werden.

Der Kampf um die Schule spielt bei den Stadtverordnetenwahlen eine entscheidende Rolle. Das Bürgertum ist sich von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten in der Ablehnung jeder fortschrittlichen Schulpolitik vollkommen einig. Die Deutschnationalen schreiben in ihrem ersten Wahlflugblatt: „Die Zustände im Berliner Schulwesen sind trostlos. Gegen Geiz und Neid sind weltliche Schulen ohne Religionsunterricht errichtet worden.“ Die Demokraten schreiben in ihrem Wahlaufsatz: „Unser Bildungswesen muß vor den Experimenten weltfremder Schwärmer bewahrt werden.“ Daß bei dem Kampfe gegen eine fortschrittliche Schulpolitik das kulturfeindliche Zentrum und die monarchistische Deutsche Volkspartei ebenfalls nicht zurückstehen, ist genügend bekannt.

So zeigt es sich, daß die Hoffnung auf eine fortschrittliche und freiheitliche Umgestaltung der Schulkasernen des kaiserlichen Deutschland zu einer wahren Bildungshütte allein bei den sozialistischen Parteien liegt, und unter diesen wiederum nur bei der Unabhängigen Sozialdemokratie, da ja die Rechtssozialisten sich schon vor zwei Jahren in dem für die Arbeiterklasse lebenswichtigen Punkte der Schulpolitik zu Konzessionen an das Bürgertum bereitgefunden haben. Daran gilt es am 16. Oktober zu denken!

Spiegelmaße?

In Berlin werden gegenwärtig Zettel verbreitet, die gummiert, also zum Ankleben bestimmt sind und u. a. folgende Texte enthalten:

Wer hat aus städtischen Mitteln Gelder für die Orgel bewilligt? — Der Magistrat der U. S. P. D. (?) Darum wählt am 16. 10. nur Kommunisten!

Arbeitslose! Wer hat Euch als „Rowdies und Lumpen“ bezeichnet? — Die „Freiheit“, Organ der U. S. P. D. Darum wählt nur Kommunisten!

Wir sind von der kommunistischen Partei allerhand schmutzige Agitationsmethoden gewöhnt und leben gewiß nicht in dem Glauben, daß die Berliner Kommunisten etwa plötzlich aufhören werden, mit dem von Lenin empfohlenen Mittel der Lüge und des Verschweigens der Wahrheit zu arbeiten. Die „Rote Fahne“ hat auch im bisherigen Wahlkampf schon alles mögliche an Herabsetzung der sozialistischen Magistratsmitglieder und Stadtverordneten geleistet, so daß man unbedingt zu der Auffassung kommen muß, daß die U. S. P. D. ebenfalls wie die Rechtsparteien für die Beilegung der sozialistischen Wahrheit eintritt.

Trotzdem können wir nicht annehmen, daß diese Zettel mit ihrem geradezu unfröhlichen Inhalt von der kommunistischen Partei herühren. Es scheint, als ob hier bürgerliche Leute, die ein Interesse an der weiteren Zerspaltung der Arbeiterklasse haben, die Veranstalter dieses großen Unfugs sind. Wir glauben auch, daß sich bei aller Gegnerschaft der Kommunisten gegenüber den Sozialisten in den Reihen der kommunistischen Partei keine anständigen Arbeiter finden werden, die derartigen plumpen Wahlschwänbel verbreiten. Wir empfehlen deshalb unseren Parteigenossen, diejenigen Leute, die solche Zettel ankleben oder verbreiten, sich genau anzusehen und möglichst ihre Parteizugehörigkeit festzustellen.



Wafsmatel

Montag und Dienstag, den 3. und 4. Oktober bleibt das Kaufhaus geschlossen

Damenkleidung

- Bluse aus gestr. Flanell halsfrei od. geschloss. 39.50
- Rock reinwoll. Cheviot 98.-
- Kleid aus reinwoll. Cheviot 490.-
- Kleid Seiden-Kaschmir mit Fransengarniert 775.-
- Regenmantel aus imprägn. Covercoat 390.-
- Strickjacke Reinwolle, Flausch. mod. Farben u. pass. Mäße... zusammen 375.-

Damenhüte

- Hutform aus Filz 32.-
- Filzhut Oteriform, garniert 59.-
- Samthut m. Seidenband garniert 125.-
- Linonformen 6.75 8.50
- Straussfederplatten 16.-
- Kunstseidenes Band in vielen Farben 4 cm... 2.90 5 cm... 3.90

Seide u. Samt

- Blusenseide gestreift... Mtr. 36.-
- Taft in vielen Farben etwa 85 cm... 69.-
- Kleiderseide kariert etwa 85 cm... 78.-
- Hut-Samt schwarz 49.-
- Cylinder-Plüsch für Mäße, farbig. Mtr. 57.-
- Körper-Velvet schwarz od. farbig Mtr. 58.-

Schürzen

- Schmuckschürze weisser Batist mit Stickerei u. Säumchen Mit Trägern, aus Batist m. Stickerei-Ein-u-Ansatz 22.50
- Schürze, Wiener Form aus gestreift. Gingham 25.-
- Blusenschürze aus gestreift. Gingham 28.50
- Kleiderschürze aus kräftig. grauen Nessel 48.-

Wirkwaren

- Korsettschoner Baumwolle, mit langen Ärmeln... 15.75
- Damen-Hemdboxen Baumwolle, fein gestriekt... 32.50
- Damen-Schlupfbeckkleider schwarz od. farbig, mit angerauchtem Futter... 42.50
- Blusenschoner Reinwolle, farbig, Schalkform... 47.50

Pelzwaren

- Pelzkragen aus Kanin für Jacken u. Mäntel 250.-
- Pelzschal Skunkakanin... 325.-
- Pelzkragen Alakafuchs... 690.-
- Pelzkragen Skunkaopossum... 990.-
- Pelzkragen vorzügl. Skunkis 3600.-
- Pelzmäntel in großer Auswahl

Herrenkleidung

- Winter-Paletot marengo, mit Satinellfutter, einreihig. 675.-
- Ulster Schlupferform, flott, Homespun, Fischgrätzmuster. 690.-
- Mantel aus imprägniertem Gabardin, eleg. Ausführung 975.-
- Gummi-Mantel Schlupferform, beste Gummierung... 295.-
- Sakko-Anzug blau, ein- od. zweireihig, Reine Wolle... 875.-
- Hausjacke mit Verschönerung 128.-

Herren-Stoffe für Anzüge, Ulster u. Mäntel in großer Auswahl

Gardinen

- Halbvorhang aus Tüll mit Bändchenarbeit... 58.-
- Halbvorhang aus Etamin mit gewebtem Fries... 60.-
- Halbvorhang aus Etamin mit breitem, gewebtem Fries... 65.-
- Künstler-Garnituren gewebt, Tüll dreiteilig... 76.-
- Etamin auf farbigem Muster 105.-
- Tüll mit Bändchenarbeit... 118.-

Möbel

Besonderes Möbel-Haus Ständige Ausstellung eingerichteter Zimmer in sämtlichen oder Stockwerken

Internationaler Textilarbeiterkongress

Vom Internationalen Kongress der Textilarbeiter, der in Paris tagte und über den wir bereits berichteten, ist noch folgendes nachzutragen.

Es hat England einstimmig als internationaler Sekretär vorgeschlagen. Vandeputte, Paris, gibt eine längere Darstellung des Textilarbeiterstreiks in Frankreich. In einer Resolution wird den kämpfenden Textilern in verschiedenen Ländern volle Sympathie ausgesprochen und Hilfeleistung zugesichert.

44-Stunden-Woche

tritt Kōdel (Deutschland) mit der gleichzeitigen Aufrechterhaltung des Achtstundentages ein.

Für einen internationalen Streikfonds wird votiert. Die Engländer verhalten sich jedoch diesem Plan gegenüber ablehnend. Die Arbeitslosigkeit wird eingehend behandelt, und gegen Lohnreduktionen und Verlängerung der Arbeitszeit werden Resolutionen in der ausgesprochenen Weise, daß ein solcher Versuch mit allen Mitteln abzuwehren sei. Ueber Betriebsräte und Betriebsdemokratie

referiert Kōdel (Kassel), ohne daß Beschlüsse hierzu gefaßt wurden. Den Opfern von Dppau wird die wärmste Anteilnahme versichert. Organisatorische Fragen finden noch ihre Erledigung, und es wird beschlossen, daß der nächste Kongress im Jahre 1924 in Italien stattfinden soll.

Damit war nach fünfjähriger Dauer der Kongress mit seinen Beratungen zu Ende. Mit der Durchführung der Beschlüsse organisatorischer Art dürfte die Textilarbeiter-Internationale die festgefügte internationale Berufsorganisation der Welt werden.

Die anderen Beschlüsse, an deren Durchführung die Textilarbeiter wohl mit allen Kräften gehen werden, verheißen eine erhebliche Verbesserung der Lage der Textilarbeiter und dürften in absehbarer Zeit zu scharfen Kämpfen führen.

Riesenkampf der Dresdner Metallarbeiter

Aus Dresden wird uns berichtet: Die Metallarbeiter des Dresdner Bezirkes stehen seit circa 14 Tagen in schwerem Kampfe gegen das Unternehmertum. Wie an anderen Orten, bedienen sich auch hier die Kapitalisten in provozierender Weise des Mittels der Aussperrung, um die Arbeiter gefügig zu machen. Die Dresdner Metallarbeiter verlangten eine Anpassung an die Löhne, wie sie andernwärts, in Leipzig, Chemnitz usw. schon gezahlt werden. Als ihnen die Forderungen nicht diesem Grundsatze entsprechend bewilligt wurden, griffen sie in 10 Betrieben zum Streik. Die Unternehmer antworteten mit der Gesamtaussperrung. Circa 40.000 Metallarbeiter sind im Dresdner Bezirk davon betroffen. Am vergangenen Donnerstag fanden in Dresden auf Veranlassung des sächsischen Arbeitsministeriums Einigungsverhandlungen statt. Die Unternehmer zeigten sich dabei allerdings noch völlig unnachgiebig, so daß das Ende des Kampfes bisher nicht abzusehen ist. Die ausgesperrte Arbeiterschaft aber sieht nach wie vor in einmütiger Kampfschlossenheit. Gleichfalls am Donnerstag ward in 13 großen Versammlungen über den Stand des Streiks berichtet und anschließend bildete sich impulsiv ein wichtiger Demonstrationzug, an dem mindestens 15.000 Arbeiter teilnahmen. Die Engherzigkeit der Arbeiterschaft geht aus einer einstimmig angenommenen Resolution hervor, aus der wir wiedergeben: Die Streikenden und Aussperrten nehmen den aufgezwungenen Kampf an. Sie werden ihn fallblütig mit aller Ruhe, aber auch mit aller Schärfe führen. Wollen die Unternehmer den wirtschaftlichen Frieden herstellen,

so haben sie durch geeignetes Entgegenkommen die Möglichkeit dazu. Die Streikenden und Aussperrten legen das Gelübde ab, den Unternehmern den Nachweis zu erbringen, daß die Metallarbeiter Dresdens eine einheitliche, geschlossene Kampfesfront sind und für die Zukunft bleiben werden.

Berufs- oder Industrieverband?

Eine gemeinsame Mitgliederversammlung im Lehrereinstellung des Zentralverbandes der Fleischer, der Brauerei- und Mühlenarbeiter und der Bäcker beschäftigte sich am 30. September mit der Frage: Verschmelzung der drei Verbände zum Lebensmittelarbeiterverband. Hensel vom Fleischerverband führte als Referent aus, daß der Gedanke des Lebensmittelindustrieverbandes schon 1890 auf dem Gewerkschaftskongress zur Beratung stand. Damals fehlten zur Verwirklichung die nötigen Kräfte und Finanzen, und aus denselben Gründen scheiterten auch die Bemühungen, einen lokalen Zusammenschluß der Bäcker und Fleischer in Berlin zu schaffen. 1907 hat eine gemeinsame Konferenz aller Verbände in Hannover zum Abschluß eines Gegenseitigkeitsvertrages geführt. Gerade in der Zeit ist der Zusammenschluß unbedingt erforderlich, um die Macht des Verbandes in der Agitation, bei allen Lohnforderungen, bei Vertretungen im A. D. G. B. und in den Parlamenten zu heben. Die Verwaltungsaufgaben und -kosten würden sich wesentlich verringern. Heute haben sich auch die Unternehmer zu Arbeitgeberverbänden zusammengeschlossen, und nur eine große Organisation kann erfolgreich Widerstand leisten. Nachdem sich die Verbände der einzelnen Berufe demgegenüber pathetisch zu der Industrieorganisation ausgesprochen hatten, hat die beauftragte Ger-Kommission Richtlinien und einen Statutenentwurf für die neue Organisation ausgearbeitet. Nach diesen Richtlinien bleibt die Vertretung der einzelnen Verbände durchaus bestehen, die Verwaltung soll möglichst paritätisch zusammengestellt werden, und für die Übergangszeit sollen auch die Fachblätter bestehen bleiben. Personen dürfen kein Hindernis für den Zusammenschluß sein. Die Schwierigkeit für die Ger-Kommission bestand darin, alle drei Statuten mit verschiedenen Beiträgen, Unterhaltungsplänen usw. zu einem einzigen, das jeden zufriedenstellt, zusammenzufügen. Am 9. Oktober soll die Urabstimmung stattfinden und mit allen Kräften müssen die Kollegen sich für die Schaffung des Lebensmittelarbeiterverbandes einsetzen.

Hetschold wandte sich in der Diskussion scharf gegen die Nachahmung der Ger-Kommission, trat aber im übrigen warm für die Verschmelzung ein, die einen Fortschritt bedeutet. Lehrtlichen Ausführungen schloßen sich auch die folgenden Redner an. Es gilt nun, am 9. Oktober geschlossen für die Schaffung des Industrieverbandes einzutreten.

Zum Streit im Gastwirtsgerwebe

Die in den elf Nachtversammlungen versammelten Angestellten nahmen folgende Resolution an:

Die Versammlung erkennt an, daß das Arbeitnehmerkartell kein möglichstes getan hat, um auf friedlichem Wege zu einem neuen Tarifvertrage zu kommen. Sie ist aber nicht im Zweifel darüber, daß die unverhältnißvolle Stellung der Unternehmer viel wichtiger den Streitfragen als der Zerstörung der Organisation gilt. Den Versuch der Unternehmer, durch lockende Angebote Zersplitterung in die Reihen der Angestellten zu tragen und die Arbeitnehmer durch Massenlindungen einzuschüchtern, ist entschieden entgegenzutreten. Die Versammlung nimmt den ihr aufgedrungenen Kampf an und verpflichtet alle Berufs-

genossen, morgen vormittag in einen allgemeinen Abwehrstreik einzutreten und bis zum festzulegenden Ende durchzuhalten.

Zum Streit in der Berliner Holzindustrie

Nachdem Verhandlungen im Arbeitsministerium zwischen den Parteien nicht zustande kamen, versuchte der Vertreter des Demobilisationsamtes die Parteien näher zu bringen. Nach vorausgegangener Information wurde mit beiden Parteien vereinbart, ein Schiedsgericht einzusetzen, um die streitigen Positionen zu prüfen, bzw. eine Ueberbrückung der Gegensätze herbeizuführen. Am Mittwoch, den 28. September d. J., vormittags 9 1/2 Uhr, traten die Parteien zwecks Verhandlungen zusammen. Auch hier zeigten sich wieder die grundsätzlichen Bedenken beider Parteien, wie sie schon früher zum Ausdruck kamen. Ungeachtet dessen, wurden die Verhandlungen bis nachmittags 5 Uhr fortgesetzt und am Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, weitergeführt. Nach Erledigung der Generaldebatte trat das Schiedsgericht zur engeren Beratung zusammen und mußte sehr bald einsehen, daß die Materie von so einschneidender Natur ist, die sich durch eine Entscheidung in dieser Instanz nicht aus der Welt schaffen läßt.

Die Schwierigkeiten wurden noch größer, als das Schiedsgericht am Freitag, um 9 Uhr morgens, wiederum zusammentrat, und zu prüfen hatte, ob es in der gegebenen Eigenschaft, in der es fungiert, überhaupt ausbringende Arbeit leisten kann. Es wurde bestritten, daß es unmöglich ist, so weiterzutagen, da dem Schiedsgericht jede amtliche Eigenschaft fehlt, und den Parteien mit einem Schiedspruch nicht geholfen ist. Die Kammer wurde sich einig, die Verhandlungen zu vertagen, evtl. an einem späteren Termin in amtlicher Eigenschaft erneut zusammenzutreten. Es kann jedoch ausgesprochen werden, daß der Vorsitzende des Schiedsgerichts, Herr Professor Körner, unter Aufwendung der größten Mühe, versuchte, die Parteien näherzubringen, was jedoch in dieser Instanz nicht möglich war, da es nur eine Entscheidung geben kann, entweder haben die Berliner Holzarbeiter das Recht, dieselbe Vertragsbasis für sich in Anspruch zu nehmen, welche mit 30 Verbänden des Deutschen Reiches abgeschlossen ist, oder sollen sie verurteilt werden, unter schlechteren Bedingungen in der größten Stadt des Reiches zu arbeiten? Wäre die Entscheidung fallen wie sie will, die Berliner Holzarbeiter werden sich das Bestimmungsrecht in dieser Frage nicht von den Arbeitgebern verschreiben lassen, sondern werden erwidern, ob ein evtl. Schiedspruch für sie Annahme finden kann. Dieser einheitliche Wille und die Geschlossenheit der Kämpfenden kam erneut in der am 30. September in der „Neuen Welt“ abgehaltenen Versammlung zum Ausdruck, über die wir bereits berichteten.

Die Scharfmacher der Holzindustriellen Berlins dürften aus diesem Einheitswillen die nötige Lehre ziehen und einsehen, daß es für sie keine andere Lösung gibt, als restlose Anerkennung der Forderungen der kämpfenden Holzarbeiter.



Das neue Trikotkleid

Aus reinwollenem Kammgarntrikot in vielen modernen dunklen und hellen Farben



Kleid „HELENA“
mit abstrechendem
Tuchbesatz, breiter
Schärpe mit Gürtel,
offen und geschlossen zu
tragen.
435,-



Kleid „ALICE“
mit reicher
Wollstrickerei
(Handarbeit) Kra-
genbesatz zur
Strickerei passend,
lose Schluß aus
mit Abschlus aus
Franse, offen u. ge-
schlossen zu tragen.
525,-



Kleid „LEONORE“
elegante hals-
freie Schlußform
ärmel und
schärpe mit gleich-
farbiger reicher
Fransengarnitur.
550,-

Oraniensrr.
165
Am Oranienplatz

MAASSEN

Leipzigerstr.
42
Tone Markgrafstr.

Ratschläge für Abschluss von kaufmännischen Lehrverträgen

1. Ehe man einen Lehrvertrag abschließt, erkundige man sich beim Sekretariat für die kaufmännische Jugend, Velle-Alliance-Str. 7-10...

Streik der Bretterträger und Plaharbeiter in den Kuchhandlungen. Die Bretterträger und Plaharbeiter in den Kuchhandlungen befinden sich seit Sonnabend früh im Streik.

Trohender Streik der Angestellten in der Gesundheitsindustrie. Die Arbeitgeber der Gesundheitsindustrie haben in der Behandlung von Angestellten den Vogel abgeschossen.

Streikproklamation. Die entschlossene Haltung und kompromissfreie Stimmung der Versammlung bieten die Gewähr dafür, daß die Angestellten den Arbeitgebern ganz unangenehm zum Tanz aufspielen werden.

Böttcherstreik in Berlin? Freitag, den 30. September, fand in den Prachtzügen Alt-Berlin eine Bronchovorsammlung der Böttcher aus den Werkstätten statt.

Spende des Fabrikarbeiterverbandes für Oppau. Der Hauptvorstand des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands hat zur Linderung der Not...

Erwerbslose Charlottenburgs. Auf Veranlassung der Zentrale der gewerkschaftlichen Erwerbslosenvertreter beruht die Unterkommision Charlottenburg zu Dienstag, den 4. Oktober 1921...

Volksbekleidungs BVG Gesellschaft m. b. H.

BERLIN N 24 * FRIEDRICHSTRASSE NR. 110-112 *

Verkauf im 2. Stock / Fahrstuhlbenutzung * Gegenüber der Karlsraße * Kein Laden / Geöffnet von 8 1/2 bis 6 1/2 Uhr

Der stürmische Andrang macht Einkauf in den Vormittagsstunden empfehlenswert

Damen-Kleidung

Elegante Mäntel aus Eskimo und Affenbaut, reich garniert, beste Verarbeitung. Mk. 710.-, 650.-, 625.- 580.-

Winter-Mäntel warme, mollige Flauschatoffe u. Cheviots, kleidsame Machart 450.-, 350.-, 275.-, 195.- 175.-

Kostüme aus guten Stoffen, gefüttert, die besseren Qualitäten auf Halbseide, neueste Formen Mk. 990.-, 775.-, 375.- 250.-

Plissee-Röcke rein wollener Cheviot, in verschied. Machart Mk. 205.-, 145.-, 136.-, 119.-

Kinder- u. Backfisch-Mäntel aus weichen, wolligen Flausch- u. Phantasiestoffen, in weiten, modern. Formen, Mk. 250.-, 175.-, 157.- 107.-

Stoffe

für Anzüge, Kostüme, Kleider und Blusen-Baumwollstoffe aller Art

Wäsche und Trikotagen in grosser Auswahl

Eigene Herstellung der Konfektion verbilligt die Preise

Beachten Sie bitte unsere 6 Schaufenster!

Jeden Mittwoch billiger Resteverkauf

Herren-Kleidung

Herren-Raglans u. Schlüpfer aus pa. Flausch u. Phantasiestoffen, einfarbig und modern gemustert Mk. 900.-, 750.-, 550.- 365.-

Jackett-Anzüge neuzeitige Formen, haltbare Stoffe, gute Verarbeitung, riesige Auswahl 960.-, 760.-, 500.-, 315.- 275.-

Herren-Hosen aus Melton, Cheviot, Kammgarn, neueste Streifenmuster, aus haltbaren erprobten Qualitäten Mk. 187.-, 110.-, 75.- 62.-

Jünglings-Anzüge ein- und zweireihig, blau und farbig, moderne Formen Mk. 600.-, 395.-, 275.- 198.-

Knaben-Anzüge Schlupf-Jacken und Joppenform, aus Resten gefertigt, ganz besonders preiswert, Größe I Mk. 160.-, 135.-, 95.- 60.-

Annahme in allen Expeditionen des Verlages Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Kleine Anzeigen

Das Überschriftswort 2.- M., jedes weitere Wort im Text 1.50 M. netto; Stellenzucht: Überschriftswort 1.50 M., jedes weitere Wort im Text 1.- M.

Verkäufe Cardinen, Holzkränze, Eisenwaren, Porzellan, etc.

Große Eingewandlung, Kleider, Schuhe, etc.

Wägen, Karren, etc.

Einzelstücke, etc.

Möbel Einrichtungen, etc.

Stiefel, etc.

Stiefel, etc.

Stiefel, etc.

Stiefel, etc.

Verkaufe Eisenwaren, etc.

Verkaufe Eisenwaren, etc.

Verkaufe Eisenwaren, etc.

Verkaufe Eisenwaren, etc.

Verkaufe Eisenwaren, etc.

Verkaufe Eisenwaren, etc.

Verkaufe Eisenwaren, etc.

Verkaufe Eisenwaren, etc.

Verkaufe Eisenwaren, etc.

Verkäufe

Verkäufe

Verkäufe

Verkäufe

Verkäufe

Verkäufe

Verkäufe

Verkäufe

Verkäufe

Verkäufe Eisenwaren, etc.

Verkäufe Eisenwaren, etc.

Verkäufe Eisenwaren, etc.

Verkäufe Eisenwaren, etc.

Verkäufe Eisenwaren, etc.

Verkäufe Eisenwaren, etc.

Verkäufe Eisenwaren, etc.

Verkäufe Eisenwaren, etc.

Verkäufe Eisenwaren, etc.

Verkäufe

Verkäufe

Verkäufe

Verkäufe

Verkäufe

Verkäufe

Verkäufe

Verkäufe

Verkäufe

Verkäufe Eisenwaren, etc.

Verkäufe Eisenwaren, etc.

Verkäufe Eisenwaren, etc.

Verkäufe Eisenwaren, etc.

Verkäufe Eisenwaren, etc.

Verkäufe Eisenwaren, etc.

Verkäufe Eisenwaren, etc.

Verkäufe Eisenwaren, etc.

Verkäufe Eisenwaren, etc.